

Ost und West:

Geteilte europäische Erinnerung

BRONISŁAW GEREMEK

Die historische Dimension von Ereignissen einzuschätzen, ist eine schwierige Aufgabe. Wenn wir sagen, ein bestimmtes Ereignis sei historisch – und nicht nur geschichtlich – meinen wir damit nicht, dass es in der Vergangenheit stattgefunden hat und die Aufmerksamkeit der Muse Clio verdient, sondern dass es von besonderer Qualität war und vor anderen Ereignissen herausragt. In der modernen historischen Forschung, beeinflusst durch die französische Schule der *Annales*, ist das Konzept des „Ereignisses“ eher herablassend behandelt worden oder zumindest als etwas, dessen Auswirkungen zeitlich begrenzt sind. Wenn wir dem Wort „Ereignis“ jedoch das Adjektiv „historisch“ voranstellen, wird es mit Bedeutung und gravitas durchfärbt, obwohl erst die Zukunft zeigen wird, ob die Einschätzung tatsächlich gerechtfertigt war.

Ich bin der Überzeugung, dass die Erweiterungen der Europäischen Union von 2004 und 2007 historische Ereignisse sind. Nicht nur deshalb, weil sie den Charakter der Union grundlegend verändert haben, sondern auch weil sie Teil eines langen geschichtlichen Prozesses sind und eine Veränderung in den Entwicklungstendenzen Europas ausdrücken. Wenn diese Einschätzung keine bloße Rhetorik sein soll, müssen wir uns fragen, ob wir nur Zeugen eines Ereignisses in der Geschichte der Europäischen Union sind oder in der Geschichte Europas schlechthin.

Die Osterweiterung der Europäischen Union kann als ein weiterer Schritt im europäischen Integrationsprozess verstanden werden oder sogar als notwendiger Teil der inneren Logik dieses Prozesses. Während

des halben Jahrhunderts ihres Bestehens hat sich die Europäische Gemeinschaft kontinuierlich in alle Himmelsrichtungen erweitert – außer in Richtung Osten. Wenn wir jedoch annehmen, dass das Prinzip, das den Aufbau Europas formen soll, „non progredi est regredi“ („nicht voranschreiten heißt zurückgehen“) lautet, dann wäre es nur logisch, den Integrationsprozess auch nach Osten auszudehnen.

Ich halte diese Denkweise für nicht korrekt. Sie erweckt den falschen Eindruck, als ob der Integrationsprozess linear voranschreite. Sie übersieht auch die „Sprünge“, die im Laufe dieses Prozesses gemacht worden sind. Der Beitritt Großbritanniens hat der alten Aufteilung in „den Kontinent“ und „die Insel“, die noch Politikern wie de Gaulle so offensichtlich und unüberwindbar erschienen war, ein Ende gemacht. Die Beitritte Spaniens, Portugals und Griechenlands bedeuteten, dass Europa die Dauerhaftigkeit der demokratischen Transformation in diesen Ländern nach dem Sturz der bisher dort herrschenden Diktaturen anerkannte. Sie schufen auch eine neue Perspektive für die kulturelle Einheit Europas.

Man muss vor allem die qualitative Veränderung betonen, die die Osterweiterung der EU mit sich bringt. Die historische Perspektive der europäischen Integration veränderte sich, weil das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung die Aussicht auf eine permanente Überwindung der europäischen Teilung ermöglichten: Aus diesem Grunde kann und sollte die europäische Erweiterung als Einigung betrachtet werden. Aus polnischer Perspektive markiert diese Erweiterung das „wahre Ende des großen Krieges“. Knapp sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind wir Zeugen der Gründung einer neuen europäischen Ordnung gewesen, die mit dem Erbe dieses Krieges bricht. Die Einführung einer gemeinsamen EU-Währung und die Beitritte der ehemaligen „Volksdemokratien“ können als symbolische und tatsächliche Instrumente zur Schaffung einer europäischen Einheit betrachtet werden. Es ist immer riskant, Ereignisse als „historisch“ zu bezeichnen, die sich noch vor unseren Augen abspielen und aus einer zukünftigen historischen Perspektive völlig anders erscheinen können. Aber genauso wenig wäre es richtig, die dramatische Wirkung der Veränderungen zu unterschätzen, die wir zu Beginn des neuen Jahrhunderts beobachten.

Die Perspektive der politischen Analyse ist notwendigerweise begrenzt und kurzfristig, da die Gegenwart, in der wir leben, immer auf Zeitgeschichte verweist. In der Geschichte verflochten sich zeitliche Dimensionen, Zeiten gehen ineinander über, sodass wir einige Fragen stellen sollten, die über die knappen Grenzen der Gegenwart hinausgehen. Ich verstehe Osterweiterung der Europäischen Union als histori-

ches Ereignis und möchte gerne darauf hinweisen, wie sie in der Geschichte Europas des letzten Jahrtausends verwurzelt ist – nicht nur in der Zeitgeschichte, sondern auch in der *longue durée*. Ich beziehe mich also jetzt auf die Unterschiede in den Entwicklungstendenzen von West- und Osteuropa.

Diese Unterschiede gehen zurück auf die Zeit der Auflösung des Römischen Reiches und den Gegensatz zweier politischer Zentren – Rom und Konstantinopel. Während sich die Byzantiner selber als „Römer“ bezeichneten und sich als Verteidiger des römischen Erbes sahen, war es das germanische Barbaricum, das den Gedanken einer separaten Identität des Westens aufgebracht hat. Dies geschah im Zusammenhang mit dem von Karl dem Großen im Jahre 800 wieder begründeten Kaiserreich und der Stellung Roms als Sitz des Papsttums.

Das Große Schisma von 1054 führte zu einer dauerhaften Trennung von östlichem und westlichem Christentum. Dieses Schisma entstand aus einem theologischen Konflikt, der sich als nebensächlich hätte erweisen können – denn „groß“ wurde das Schisma nur aus einer historischen Perspektive –, aber es führte zu einer andauernden Teilung, weil es in einer tieferen zivilisatorischen Kluft wurzelte. Sie hatte zwei Grenzlinien zur Folge. Die erste entsprach der Ostgrenze des Reiches Karls des Großen, die zweite reichte bis zu den Grenzen der Christenheit in den westlichen slawischen Ländern an der Küste des Baltikums. Die Dauerhaftigkeit dieser Grenzen spiegelt sich im Prozess der europäischen Integration wider, der lange Zeit an der alten karolingischen Grenze halt machte, während die Erweiterungsvorhaben sich nach 1989 gleichsam der Reichspläne Ottos des Großen und Ottos III. erinnerten, die Polen, Ungarn und Böhmen einschlossen.

Zu diesen Teilungslinien zwischen dem Osten und Westen Europas kam noch hinzu, dass die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen beim Anbruch der Moderne in unterschiedliche Richtungen verliefen. Die Wirtschaftsgeschichte hat sich darauf geeinigt, dass die Elbe – wie in einem Rückgriff auf den karolingischen Limes des Jahres 800 – die Trennungslinie zwischen zwei wirtschaftlichen Entwicklungsmodellen markiert: dynamische Urbanisierung und früher Kapitalismus im Westen und eine Rückkehr zur Leibeigenschaft und einer auf Grundbesitz fußenden Feudalwirtschaft im Osten. Im Polen des sechzehnten Jahrhunderts blieben die Städte weiterhin schwach, während sich die Macht des Adels vergrößerte, da Polen einer der Hauptgetreideversorger europäischer Märkte war. Diese Trennung, die in Übereinstimmung mit divergierenden wirtschaftlichen Strukturen stand, zeigte schon, dass sich die Länder außerhalb des karolingischen Limes nach Osten orientierten.

Es ist schwer, im Osten Europas eine Parallele zum historischen Prozess zu finden, der die interne Einheit des Westens Europas auf mehreren Ebenen formte. Das Hauptelement dieser Integration war zweifelsohne das Christentum, das sich neben dem Byzantinischen Reich bis in russisches Territorium hinein verbreitete. Byzanz wurde jedoch geschwächt und fiel im Jahre 1204 einer römischen Invasion zum Opfer. 1454 wurde es dann von den Türken erobert. Die Türken übernahmen das gesamte Gebiet des Byzantinischen Reiches und dehnten sich bis nach Ungarn aus. Daher gehört im Osten Europas nicht nur die östliche Orthodoxie zum religiösen Erbe, sondern auch der Islam. Dies führte zu einer völlig anderen Situation als im Westen.

Hinzu kam die wachsende Ungleichheit innerhalb der Entwicklung der russischen Gebiete nach der tatarischen Invasion. Trotz der Teilung in ein westliches und ein östliches Christentum kann man gewisse Parallelen in der Entwicklung von russischem und westlichem Europa zwischen dem zehnten und zwölften Jahrhundert beobachten – die mongolische Eroberung russischer Gebiete erzeugte jedoch einen klaren Bruch. Ich erinnere mich an ein langes Gespräch, das ich vor vielen Jahren mit einem sowjetischen Historiker geführt habe, der Spezialist für das Russland des 17. Jahrhunderts ist. Er stellte die Frage, wann die „Scheidung zwischen Russland und Europa“ vollzogen worden ist und formulierte daraufhin die Hypothese, dass es sich dabei um eine Folge der mongolischen Invasion handelte. Daher werden die Ursprünge der Sowjetunion auf die eindringenden mongolischen Mächte und das von Karl August Wittfogel beschriebene System des östlichen Despotismus zurückgeführt. Auch die Richtungen der Expansion divergierten: Der Westen orientierte sich westwärts zum Atlantik und erstreckte sich bis nach Amerika, während Russland oder Osteuropa sich ostwärts nach Asien orientierten. Die russische Eroberung von Kazan und Astrakhan in der Mitte des 16. Jahrhunderts und später die Eroberung Sibiriens brachten diesen Expansionsprozess in Gang.

Mit dieser klaren, wenn auch vereinfachten und schematischen Klassifizierung Europas in Ost und West sind fundamentale politische Unterschiede verbunden. Westeuropa zeichnete sich durch die Verbreitung von Freiheit und Zivilgesellschaft und die Achtung menschlicher Würde aus. In Russland bzw. Osteuropa kam der Staat zuerst, und die Herrscher ließen die Formierung einer politischen Gesellschaft nie zu. Sie räumten zwar dem Adel umfassende wirtschaftliche und soziale Privilegien ein, verwehrten ihm aber, autonom am Regierungsprozess teilzunehmen. Während die Standesversammlungen in Russland eher kurzlebig waren (wie das *zemskiy sobor*) und im Großen und Ganzen Instrumente der königlichen Macht blieben, waren sie in Europa Institutionen, die sich

zu parlamentarischen Strukturen entwickelten. Tatsächlich setzte sich damit eine Dichotomie fort, die bereits in der antiken Literatur unterstellt wird: In der Welt der Antike galt Asien als durch Despotismus gezeichnet, während in Europa die Freiheit herrschte. Solche literarischen Stereotypen sind zwar Kennzeichen einer bestimmten Weltsicht, beschreiben aber auch die Realität.

Jahrhundertlang war die Geschichte Europas durch die Konfrontation dieser zwei verschiedenen Zonen und ihrer inneren Ordnungen geprägt. Im 19. Jahrhundert stand der Napoleonischen Expansion der Französischen Revolution eine Heilige Allianz konservativer Mächte gegenüber, der auch Russland angehörte. Gegen Ende dieses Jahrhunderts zeigte Russland nicht nur mehr Präsenz auf der europäischen Bühne, sondern unterbreitete auch Vorschläge für eine pan-europäische Allianz, so dass die Konfrontation zwischen Ost und West weniger dramatisch erschien. Das 20. Jahrhundert brachte jedoch eine Wiedergeburt dieser seit langem bestehenden Dichotomie, diesmal eingeleitet durch die Auswirkungen der Bolschewistischen Revolution und die Teilung Europas nach Jalta.

Die neue Ost-West-Konfrontation hinterließ jedoch genügend Spielraum für die Entstehung einer intermediären Zone, die als Mitteleuropa bekannt wurde. Obwohl dieses Konzept schon vor dem Ersten Weltkrieg und zwischen den zwei Weltkriegen entstand, möchte ich an diesem Punkt seine einzigartige Bedeutung während der letzten Jahrzehnte betonen. 1981 veröffentlichte der ungarische Historiker Jenő Szűcs ein Buch – zunächst illegal, in *Samisdat*, kurz darauf auch legal – über die drei historischen Regionen Europas. (Die französische Übersetzung wurde 1985 unter dem Titel „Les trois Europes“ publiziert.) Der Autor behauptete, dass es zwischen West- und Osteuropa, die jeweils durch substantiell verschiedene politische und ökonomische Systeme charakterisiert waren, eine dritte Region gebe, Mittel- oder Mitteleuropa. Szűcs beschrieb diese Region, zu der Polen, Ungarn und die Tschechische Republik gehören, als ein Übergangsphänomen. Die besondere Identität dieser Region sah der Autor in der Vereinigung der östlichen und der westlichen europäischen Entwicklungstraditionen. Die Wurzeln dieser Identität reichen zurück bis ins Mittelalter. Am Beispiel Polens, dem größten europäischen Staat des sechzehnten Jahrhunderts, kann man dieses Zusammentreffen der beiden Modelle am besten illustrieren: Die westlich geprägte Freiheit des polnischen Adels, die auf die Spitze getrieben wurde und zum Niedergang des Landes führte, ging einher mit einem östlichen Wirtschaftsmodell. Das hatte zur Konsequenz, dass die Region im Vergleich zu Westeuropa unterentwickelt war und sowohl

grundlegende wirtschaftliche Veränderungen als auch die Herausbildung eines neuen Regierungsmodells erforderte.

Es war sicherlich dasselbe Bedürfnis nach einer Trennung von Osteuropa, das im berühmten und dramatischen Artikel des tschechischen (und mittlerweile französischen) Autors Milan Kundera über die „Tragödie Mitteleuropas“ aus dem Jahre 1983 sichtbar wurde. Der Artikel diente als Grundlage für das Nachdenken über eine historisch gesonderte Identität Mitteleuropas, indem Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ein gesonderter Status innerhalb des „Ostblocks“ eingeräumt wurde. Gleichzeitig war es Teil des Widerstands der Einwohner dieser Länder gegen die politische Unterwerfung durch das Sowjetreich. Es erzeugte auch die Hoffnung nach Veränderung. Dennoch hatte ein derartig definiertes Mitteleuropa keine ermittelbaren Grenzen. „Es wäre sinnlos,“ schrieb Kundera, „diese Grenzen exakt ziehen zu wollen. Mitteleuropa ist kein Staat: Es ist eine Kultur oder Schicksal. Seine Grenzen sind imaginär und müssen in jeder neuen geschichtlichen Situation neu gezogen werden.“ (Kundera 1986: 139) Man könnte sagen, dass die enthusiastische Befürwortung der Idee von Mitteleuropa sowohl Ausdruck politischer und kultureller Sehnsüchte als auch intellektueller Feststellungen war.

Nach dem Durchbruch von 1989 musste die Vorstellung Osteuropas erneut umdefiniert werden, und zwar sowohl im Kontext kooperativer Verpflichtungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns als auch im Hinblick auf die Verhandlungen dieser Länder mit der Europäischen Gemeinschaft. Das Ergebnis war die Bildung des Visegrad-Dreiecks und des Wirtschaftsbündnisses CEFTA einerseits und die Unterzeichnung der ersten „europäischen Verträge“ andererseits, die darauf abzielten, diesen Ländern die unverzügliche – wenn auch begrenzte – Teilnahme an der europäischen Zusammenarbeit zu ermöglichen. In diesem Fall diente die Idee Europas auch dazu, andere postkommunistische Länder zurückzudrängen oder sogar auszuschließen, die ebenfalls Anschluss an die EU suchten. Die Entscheidung für ein „Regattamodell“ für alle 12 oder 13 Länder, das bei den EU-Gipfeln in Luxemburg (1997) und Helsinki (1999) beschlossen wurde, lehnte dieses Konzept einer privilegierten Stellung mitteleuropäischer Länder ab.

Nach den Erweiterungen von EU und NATO scheint das Konzept „Osteuropa“ seine operative Aussagekraft verloren zu haben. In Übereinstimmung mit Kundera, der schrieb, Mitteleuropa sei in Wirklichkeit ein vom Osten geraubter Teil des Westens, könnte man sagen, dass wir es heute mit einer Rückgabe historischer Anteile zu tun haben oder dass wir Zeugen eines fortschreitenden Verwestlichungsprozesses bzw. einer friedlichen Expansion des Westens sind. Das langjährige Bestreben der

mitteleuropäischen Staaten lag in der Überwindung der Verzögerung ihrer Entwicklung und in der Teilnahme am Modernisierungsprozess, aus dem Westeuropa seit dem Marshall-Plan während des halben Jahrhunderts der europäischen Integration so großen Nutzen gezogen hatte. So wie diese Staaten zu Beginn des zweiten Jahrtausends die Sphäre europäischer Zivilisation betreten haben, so nehmen sie auf der Schwelle des dritten Jahrtausends teil am wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozess Europas.

Die langfristige Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungstendenzen zwischen Ost und West hatte weitreichende Konsequenzen. Wirtschaftlich äußerten sie sich nicht nur als Entwicklungsverzögerung, sondern auch darin, dass die Entwicklung in zwei völlig entgegengesetzte Richtungen ging – im Westen führte sie zu Urbanisierung und Kapitalismus, im Osten zu einer Rückkehr zur Leibeigenschaft und einer Vormachtstellung der Landwirtschaft gegenüber der Stadtwirtschaft. Auf dem Gebiet der politischen Strukturen nahm im Westen die Zahl der Repräsentativsysteme und der Bürgerforen zu. In Mittel- und Osteuropa blieben sie indessen schwach, während die herrschende Tendenz in Richtung Dirigismus und autoritäre Herrschaft ging. Dies spiegelte sich auch in unterschiedlichen Kulturmodellen und Mentalitäten wider, wobei beides weitgehend eine Folge der Verzögerung in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung war. Die tieferen kulturellen Unterschiede sind religiöser Natur, entsprechen aber nicht den traditionellen Grenzen der europäischen Gebiete, die gewöhnlich als Ost und West bezeichnet werden. Es besteht eine sehr offensichtliche Grenzlinie zwischen dem hauptsächlich katholischen Mitteleuropa und dem von der Orthodoxen Kirche dominierten Osten und Südosten Europas. Der Beitritt eines orthodoxen Staates, Griechenland, in die Europäische Gemeinschaft hat schon gezeigt, dass religiöse Unterschiede keinen entscheidenden Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess haben.

Die Unterschiede zwischen den Entwicklungen von Europas Osten und Westen sind zu zahlreich und zu einzigartig, um sie als Teil der Vielfalt anzusehen, die für die Entwicklung Europas und der europäischen Zivilisation charakteristisch ist. Daher hatte diese Trennungslinie weitreichende Konsequenzen sowohl kultureller als auch politischer Art. Auf beiden Seiten der Trennungslinie entstand das Bewusstsein eines ausgeprägten zivilisatorischen Erbes. Mythen, die die Zugehörigkeit zu einer vom Westen klar getrennten Kultur belegen sollten, wurden geschaffen. Zu diesen Mythen gehören einmal die Ideologie des Pan-Slawismus, der alle slawischen Nationen dazu aufruft, sich im Namen ihres gemeinsamen ethnischen Erbes zu vereinen, und zum anderen die vielen ideologischen und musikalischen Bezüge zur germanischen My-

thologie. Ferner gibt es ethnozentrische Ideologien sowohl nationaler als auch supranationaler Art, die diese Unterschiede hierarchisch interpretierten – als Zeichen der Überlegenheit bestimmter Nationen oder Nationenverbände. Im politischen Diskurs des deutschen Nationalsozialismus wurden die slawischen Nationen aus einer Position der Überlegenheit beziehungsweise mit Verachtung behandelt. Die Fähigkeit zur Eigenstaatlichkeit wurde ihnen abgesprochen. Die Geschichtsschreibung wurde der Politik dienstbar gemacht. Zwar wurde „Geschichtspolitik“ nicht immer als Instrument des Bösen eingesetzt, wie es in Nazi-Deutschland der Fall war, dennoch bestand sie meistens aus manipulierter Geschichte und der Leugnung historischer Wahrheit. Die Wahrheit kann jedoch nur durch das Erforschen und kritische Reflektieren der Fakten festgestellt werden.

Am fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses, lohnt es sich, über diese Dinge nachzudenken. Als sich die Gründerväter der Europäischen Union an die Aufgabe der Einigung machten, brachen sie mit der langen kriegerischen Geschichte des Kontinents. Der französische Historiker Marc Bloch hat einmal gesagt, Geschichtsschreibung sei wie ein Messer: Es kann gebraucht werden, um Brot zu schneiden, es kann aber auch benutzt werden, um zu töten. Die einzige „Geschichtspolitik“, die für Europa von Nutzen sein kann, ist eine solche, die die Konflikte zwischen den Nationen beilegt und die Traumata der Vergangenheit heilt. Aus diesem Blickwinkel können wir darüber nachdenken, ob sich Europas Osten und Westen auch in Bezug auf die Verfassung ihres kollektiven Gedächtnisses unterscheiden.

Die Idee eines kollektiven Gedächtnisses kann nicht so leicht auf Europa angewendet werden. Im Gegensatz zum individuellen Gedächtnis ist das kollektive Gedächtnis ein geistiges Konstrukt, das auf historischer Bildung, politischer Propaganda und intellektueller oder ideologischer Auseinandersetzung über die Beziehung von Vergangenheit und Gegenwart basiert. Daher handelt es sich um einen Akt des freien Willens. Im Kontext der europäischen Nationen ist der Beginn dieses Prozesses auf das Mittelalter zurückzuführen: Legenden über die Gründer von Dynastien, Erzählungen über die gefeierten Leistungen von Herrschern, über außergewöhnliche Persönlichkeiten, historische Stätten, Denkmäler zu Ehren von Menschen und Ereignissen – all das formt das nationale kollektive Gedächtnis. Was Europa anbelangt, befinden wir uns noch am Anfang dieses Weges. Wir beginnen gerade erst damit, Geschichte nicht nur in einem lokalen, nationalen oder universalen Rahmen zu lehren, sondern eben auch in einem europäischen. Vermehrt erscheinen Entwürfe komparativer Studien, die eine kritische Analyse Europas

oder der europäischen Zivilisation beabsichtigen. Der Mythos der schönen Europa, die vom Gott Zeus in Form eines Stieres entführt wird, reicht nicht aus, um einen Sinn für europäische Gemeinsamkeiten zu erzeugen. Zu einem Zeitpunkt wie dem jetzigen, an dem sich die europäische Idee in der Krise befindet und über eine europäische Identität diskutiert wird, entsteht zum ersten Mal das Bedürfnis, sich die Vergangenheit in Erinnerung zu rufen, die nationalen Erinnerungen zusammenzutragen, und ein europäisches Kollektivgedächtnis zu bilden, das zu einem grundlegenden Bestandteil der supranationalen Bindungen werden soll. Die unterschiedlichen Arten, auf die Ost und West ihre jeweilige Vergangenheit deuten, können ein Hindernis sein, das ebenso schwer zu überwinden ist wie politische und wirtschaftliche Differenzen.

Ich werde nur ein paar Beispiele aus der modernen Geschichte nennen, ohne den Anspruch zu erheben, eine vollständige Liste der möglichen Denkweisen über die Vergangenheit zu präsentieren.

Das erste Beispiel ist der Erste Weltkrieg, der Große Krieg von 1914 bis 1918. Franzosen und Deutsche sowie die meisten anderen Nationen Westeuropas erinnern sich seiner als menschliche Hekatombe und als moralische Krise, die zur Kristallisation zweier totalitärer Ideologien und Systeme führte. Für die Länder Mitteleuropas läuteten das Ende des Krieges und der Sturz der Reiche, dank Woodrow Wilsons Philosophie des gleichen Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, die Zeit der Unabhängigkeit ein. Polen erinnert sich an diese Zeit außerdem mit der Zufriedenheit, 1920, also gerade einmal zwei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit, den Einmarsch der Roten Armee nach Europa angehalten zu haben. Für die Ungarn wird die Erinnerung an die Erlangung der Unabhängigkeit dadurch getrübt, dass der Vertrag von Trianon ihr Staatsterritorium beschnitten hat. Aber die Frage, ob der Triumph des Nationalstaats über die multinationalen Reiche Teil der „europäischen Erzählung“ sein soll, ist durchaus berechtigt.

Ein anderes Beispiel ist der Zweite Weltkrieg. Für Polen begann er mit der Invasion der Armeen des Dritten Reiches am 1. September 1939 und dem darauf folgenden Einmarsch der Roten Armee am 17. September. Für Finnland und die baltischen Staaten begann er mit der Besetzung ihres Territoriums durch sowjetische Truppen und der Eingliederung der drei baltischen Staaten in die Sowjetunion. Für Polen sind nicht nur die Gräueltaten der deutschen Besatzung und von Auschwitz Teil der Erinnerung, sondern auch das Massaker von Katyn, bei dem auf Stalins Befehl hin mehrere tausend polnische Offiziere ermordet wurden. In der westeuropäischen Erinnerung an den Krieg bleiben viele Leerstellen. Die Erkenntnis, dass beide totalitären Systeme gegen die Menschenrechte und die Rechte von Nationen verstoßen haben, ist jedoch wichtig für

unsere gemeinsame Zukunft. Manchmal bedienten sich diese zwei Systeme aggressiver Nationalismen, dann wiederum hielten sie an universellen Werten fest – immer jedoch zerstörten sie im Namen des europäischen Erbes fundamentale Werte. Kann die europäische Erzählung darüber hinwegsehen?

Das dritte Beispiel ist die Geschichte der demokratischen Opposition in den Ländern des sowjetischen Ostblocks. Für die Menschen in diesem Teil Europas repräsentiert die Geschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine lange Zeit des Widerstands gegen ein System, das ihnen mit Gewalt aufgezwungen wurde: Berlin 1953, Poznań und Budapest 1956, der Prager Frühling und die polnische Studentenbewegung 1968 und schließlich die Arbeiterstreiks in Polen 1970 und 1976 und *Solidarność* 1980. Währenddessen ging der europäische Integrationsprozess voran, und die Römischen Verträge wurden in einem Klima der Angst unterzeichnet, – erzeugt durch die sowjetische Invasion, die die Revolution in Ungarn unterdrückte. Jahrzehntlang lebten die beiden Teile Europas nebeneinander her und ignorierten sich gegenseitig. Hinzu kam, dass sie einander nicht verstanden: Selbst im Jahre 1968 konnten die jungen Menschen im Westen die Motive der polnischen Studenten nicht nachvollziehen und betrachteten deren Freiheitskampf wie ein Theaterstück aus dem neunzehnten Jahrhundert, während die polnischen Studenten ihrerseits den Kampf der westlichen Gleichaltrigen gegen die bürgerliche Kultur nicht verstanden. Kann die Tatsache, dass sowohl die Polen als auch die Studenten im Westen für die Freiheit kämpften, sie aber so unterschiedlich auffassten, dass sie einander nicht mehr verstanden, – kann dies zu einer einzigen Struktur europäischer Erinnerung zusammengefügt werden?

Differenzen zwischen Staaten, wie tiefgreifend sie auch sein mögen, hindern sie nicht daran, politische Bündnisse zu bilden oder Wirtschaftsabkommen miteinander zu schließen. Die Bildung einer Gemeinschaft ist jedoch ein komplexeres Vorhaben, das die Menschen stärker betrifft. Unterschiede in Bezug auf die wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus oder die politischen Modelle werden während des Prozesses dynamischer Modernisierung, den die Länder durchmachen, wenn sie der Europäischen Union beitreten, gemindert oder beseitigt. Die Prozesse kultureller Anpassung vollziehen sich langsamer, manchmal auf dramatische Art und Weise, und sie können sogar zu Spannungen in den Beziehungen einzelner Länder (und ihrer Bürger) führen. Erinnerung und ein Gefühl von Würde und Selbstachtung in ihrer Beziehung zueinander sind wichtig, um die Pfade des Ostens und Westens zu einem gemeinsamen Weg zu vereinen.

Während der deutschen Einigung spielte der Begriff der Wiedervereinigung Deutschlands eine wichtige Rolle, obwohl überhaupt nicht klar war, auf welche früheren „Einigungen“ das moderne „demokratische“ Deutschland sich berufen wollte. In der Europäischen Union war nie die Rede von einer „Wiedervereinigung Europas“. Die Arbeit an der Präambel der Europäischen Verfassung belegt dies. Tatsächlich sind wir aber Zeugen einer Wiedervereinigung. Europa ist während der Zeit des mittelalterlichen Christentums vereinigt gewesen (eine Tatsache, die selbst Voltaire bemerkt hat, der auch als Agnostiker ein vollendeter Historiker war). Auch während der Ära des Humanismus und der Aufklärung, während des Vernunftzeitalters war Europa vereinigt. Schließlich wurde die Erweiterung von 2004 bis 2007 zum entscheidenden Moment in der Einigung Europas, nachdem ein halbes Jahrhundert lang schon die Märkte und Gesetze vereinigt worden waren.

Das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas in zwei politische Lager im *annus mirabilis* 1989 überraschte den Westen, der eine derartige Beschleunigung der Geschichte nicht erwartet hatte. So entstand jedoch die Gelegenheit für die Zusammenlegung der Märkte, für die gegenseitige Anpassung der zentralen und lokalen Verwaltungen und für die Angleichung der Gesetze. Die Entwicklungs- und Strukturdivergenzen werden derzeit überwunden. Jetzt müssen wir die Fragen beantworten, wo wir herkommen und wer wir sind, um anschließend die Fragen beantworten zu können: „Wohin gehen wir?“ Die Antworten auf diese Fragen erfordern ein gründliches Nachdenken über Kultur, Gedächtnis und Identität. Ohne solche Betrachtungen anzustellen, wird die Europäische Union nicht in der Lage sein, das Gefühl eines „europäischen Interesses“ zu erzeugen, das über die einzelnen nationalen Interessen hinausgehen soll; es wird ihr weder möglich sein, die Idee einer „europäischen Staatsbürgerschaft“ im Alltagsleben der Menschen zu verankern noch ihre politischen Dimensionen zu stärken. Das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, liegt in der europäischen Erziehung, d.h. in einer Erziehung, die die gegenseitige Ignoranz beseitigt, die einerseits durch die Teilung der europäischen Bühne in antagonistische Nationalstaaten und andererseits durch die Differenzen der Entwicklungstrends zwischen dem Westen und dem Osten unseres Kontinents geschaffen wurde.

Dies alles kann als die historische Bedeutung der Osterweiterung der Europäischen Union verstanden werden. Sie geht über die politischen Beschränkungen, die den Westen und den Osten im Laufe der europäischen Geschichte voneinander getrennt haben, hinaus. Sie führt aber auch zu etlichen Fragen, die so kompliziert wie fundamental sind.

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Ort der Religion im Prozess der europäischen Integration. Es handelt sich dabei nicht nur um ein theoretisches Problem, sondern um eines, das die derzeitige Praxis der europäischen Politik betrifft, z.B. in Bezug auf den Beitritt der Türkei. Ab und an – wenn auch nur gelegentlich, da es politisch „nicht korrekt“ ist – taucht in politischen Debatten das Argument auf, dass der Beitritt eines islamischen Landes in die Union mit der europäischen Zivilisation, die ja doch immerhin die Grundlage für den europäischen Integrationsprozess ist, nicht kompatibel sei. Ich möchte an dieser Stelle den potentiellen Beitritt der Türkei nicht bewerten – da dies die Frage nach der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung aufwerfen würde, vor allem die nach den sogenannten Kopenhagener Kriterien – sondern nur das Problem der Religion. Obwohl klar ist, dass das Christentum für die europäische Zivilisation von fundamentaler Bedeutung ist, wäre es problematisch, den Vorschlag zu akzeptieren, dass die Europäische Union ihre Grenzen nach religiösen Kriterien ziehen sollte. Schließlich erhielt die östliche Orthodoxie durch den EU-Beitritt Griechenlands Einzug in die Union, die bis dahin nur aus katholischen und protestantischen Staaten bestanden hatte. Dennoch wurde die Teilung in westliches und östliches Christentum von 1054 dadurch nicht überwunden. Schon jetzt leben Millionen von Muslimen in der Europäischen Union, und Moscheen werden zu alltäglichen Erscheinungen in den europäischen Stadtlandschaften. Die polnische Kultur kann in dieser Hinsicht einen historischen Präzedenzfall vorweisen: Seit dem sechzehnten Jahrhundert existierten römisch-katholische Gemeinden Seite an Seite mit protestantischen Kirchen, jüdischen Synagogen, orthodoxen Kirchen (seit dem siebzehnten Jahrhundert), und sogar – wenn auch nur sehr begrenzt – mit den Moscheen der Muslime. Die Europäische Union ist immerhin in erster Linie eine Rechtsordnung, die gegenseitige Toleranz und den Respekt vor religiösen Überzeugungen garantiert. Die europäische Zivilisation hatte schon immer die starke Neigung, ihren eigenen Überzeugungen den Charakter der Universalität zu verleihen. Die Frage nach der Öffnung für „das Andere“ und der Kampf gegen alle sozialen und kulturellen Exklusionsprozesse und -mechanismen sind daher in der heutigen Diskussion von besonderer Wichtigkeit. Ein Europa, das den Pluralismus nicht bekräftigt, wäre undenkbar.

Die zweite Frage betrifft die Ostgrenze der Europäischen Union. Das Erweiterungsmodell, das 1999 in Helsinki entworfen wurde, setzt die Ostgrenze der Union mit der Ostgrenze Polens gleich, was bedeutet, dass Russland sowie die Ukraine und Weißrussland außerhalb der Union bleiben. Im Kontext einer europäischen Teilung in Ost und West wäre es besonders lohnenswert, sich das Beziehungssystem zwischen Russland

und der EU vor Augen zu führen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht bekannt, ob Russland, eine große eurasische Nation, Teil der Union werden möchte, und es ist eine weise Regel der Politik, keine Fragen zu beantworten, die nicht gestellt wurden. Es ist jedoch wichtig sicherzustellen, dass die östlichen Nachbarn im Erweiterungsprozess nichts sehen, was sie langfristig ausschließt. Wenn dies geschähe, würden die Ukraine und Weißrussland in die Arme Russlands gedrängt werden, und innerhalb Russlands würden die Modernisierungskräfte des Landes geschwächt. Vladimir Putin ist dem Beispiel Peters des Großen gefolgt, indem er angekündigt hat, Russland zu modernisieren. Dies ist insofern im Interesse Europas, als dadurch die Kluft zwischen Ost und West geschmälert wird. Während man die russische Politik durchaus kritisch betrachten muss, sollte dieses Modernisierungsprogramm unterstützt werden, indem man um die Europäische Union herum eine Zone schafft, die die wirtschaftliche Kooperation und die Stärkung eines politischen Dialogs, in dem Russland seinen Ort finden kann, gewährleistet. Ich glaube, dass man den zukünftigen Generationen die Definition einer Grenze der europäischen Integration anvertrauen sollte. In der nächsten Zukunft könnten diese Grenzen neben der Schweiz und Norwegen die Nationen des ehemaligen Jugoslawiens sowie möglicherweise auch die Ukraine und Weißrussland einschließen; später könnten vielleicht sogar Russland und Länder des Maghreb hinzukommen.

Die dritte und letzte Frage betrifft die Überwindung der Trennung in Ost und West. Es handelt sich dabei hauptsächlich darum, dass die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Entwicklung nachholen. Dies ist eine gewaltige Herausforderung, weil es dabei nicht nur darum geht, ein jahrhundertealtes Erbe kultureller Differenzen zu bewältigen, sondern auch die Folgen von fünfzig Jahren kommunistischer Herrschaft. Die Union hat spezielle Techniken entwickelt, mit Entwicklungsverzögerungen umzugehen. Sie haben sich in Griechenland und Portugal als erfolgreich erwiesen, und wir dürfen annehmen, dass sie in den ehemaligen kommunistischen Staaten ebenfalls effektiv sein werden, – vorausgesetzt sie übernehmen die Standards der EU und weisen über mehrere Jahre hinweg überdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsindikatoren vor. Es bleibt noch das Gebiet der politischen Differenzen. Auf diesem Gebiet ist der „Transitionsprozess“ weit genug fortgeschritten, um die Hoffnung zu rechtfertigen, dass das, was in Portugal und Spanien nach ihrem Heraustreten aus der autoritären Herrschaft geschehen ist, auch in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien geschehen wird. Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass politische Fragen während der Beitrittsverhandlungen nur sehr begrenzt berührt worden sind. Rhetorische Äußerungen

über eine europäische Wertegemeinschaft reichen jedoch nicht mehr aus, da wir es in diesem Fall mit jahrhundertealten Unterschieden des europäischen Ostens zu tun haben, die so schwierige Bereiche wie kollektive Psychologie, Mentalität oder Kultur betreffen.

Die Trennung in Ost und West ist eine große Herausforderung, aber die Chancen, sie zu überwinden, sind so günstig wie nie zuvor. Durch die Überwindung dieser Trennung kann Europa eine neue Qualität seiner Einigung erreichen und ein wichtiger Akteur in der neuen globalen Ordnung werden.

Aus dem Englischen von Julien Winandy

Literatur

Kundera, Milan (1986): Die Tragödie Mitteleuropas, in: Erhard Bussek/Gerhard Wilfinger (Hg.): Aufbruch nach Mitteleuropa, Wien.